

Gipfeltreffen zur Zukunft der Stahlindustrie des SPD-Wirtschaftsforums / Machnig: „Zukunft sichern – integrierte Wertschöpfungsketten erhalten“

Berlin, den 28. Oktober. Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. hat heute den digitalen Stahlgipfel „Die Transformation der Stahlindustrie, Wege zur klimaneutralen Stahlproduktion“ veranstaltet. Mit Blick auf die Strukturkrise der Stahlindustrie sowie auf das große Potential von grünem Wasserstoff als ein Baustein zur Erreichung der Pariser Klimaziele machten die Panelisten deutlich, dass die Politik handeln und zeitnah Grundsatzentscheidungen treffen müsse. Die strukturellen Herausforderungen, vor denen die Stahlindustrie in Deutschland steht, seien mit politischem Willen lösbar. Oberstes Ziel müsse es sein, eine weitere Deindustrialisierung zu verhindern und einer Schlüsselbranche den Weg in eine dekarbonisierte Wirtschaft zu ebnen.

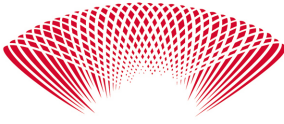
Vizepräsident **Matthias Machnig** machte deutlich, dass die deutsche Stahlindustrie klare, verlässliche Rahmenbedingungen brauche: „Dazu bedarf es einen industriepolitischen Dreiklang: Erstens müssen wir das Problem der globalen Überkapazitäten und der ungleichen Wettbewerbsbedingungen angehen. Dem Dumping muss auf EU-Ebene begegnet werden. Zweitens ist die Stahlindustrie ein Schlüssel zur Erreichung der Pariser Klimaziele. Dafür müssen intelligente Rahmenbedingungen für Investitionen, für Betriebskosten und die Anpassung des regulatorischen Umfelds auf den Weg gebracht werden. Drittens geht es um die Aufrechterhaltung integrierter Wertschöpfungsketten. Dazu brauchen wir gemeinsame Projekte über Industriebranchen hinweg.“

Bernhard Osburg, Sprecher des Vorstands der thyssenkrupp Steel Europe AG, hielt fest, dass Deutschland und Europa auch künftig auf eine starke, international wettbewerbsfähige Stahlindustrie angewiesen seien. „Bei thyssenkrupp treffen wir mehr denn je harte Entscheidungen, um die wirtschaftliche Zukunft unseres Stahlgeschäfts zu sichern und damit einen wichtigen Teil industrieller Wertschöpfung hierzulande aufrechtzuerhalten. Klar ist aber auch: Ohne einen staatlichen Rahmen, der die Voraussetzungen für Dekarbonisierung und einen fairen globalen Wettbewerb schafft, werden wir diese Zukunft nicht erfolgreich gestalten können.“

Jürgen Kerner, Hauptkassierer der IG Metall, betonte, dass die deutsche Stahlindustrie die Umstellung auf grünen Stahl massiv vorantreibe, alleine könne sie diesen Weg aber nicht schaffen: „Für die notwendigen Investitionen und erhöhten Produktionskosten muss es eine staatliche Förderung geben, damit Dekarbonisierung nicht zu Deindustrialisierung führt. Die Stahlindustrie ist eine Schlüsselindustrie für den Industriestandort Deutschland. Diese Arbeitsplätze mit ihren hohen sozialen und tariflichen Standards gilt es zu schützen.“

Tim Hartmann, Vorstandsvorsitzender von Dillinger und Saarstahl, betonte: „Unser Ziel steht fest, wir werden grünen Stahl produzieren. Hierfür benötigen wir jetzt verlässliche politische Rahmenbedingungen und einen fairen Handelsrahmen – die Zeit rennt!“

Frank Schulz, CEO von ArcelorMittal Germany, stellte klar: „Der Transformationsprozess zu einer klimaneutralen Stahlerzeugung ist mit enormen Investitions- und Kostenaufwendungen verbunden und nur bei Bereitstellung der entsprechenden politischen Rahmenbedingungen umsetzbar. Dazu zählen insbesondere die Durchsetzung fairer Wettbewerbsbedingungen im Stahlhandel, ein Level



Playing Field bei den CO₂-Kosten im Vergleich zu Wettbewerbern außerhalb der EU und die Entwicklung von Leitmärkten für grünen Stahl. Ebenso entscheidend sind der Zugang zu erneuerbarer Energie, Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen und die Unterstützung bei der Finanzierung von Investitionen.“

Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband. Die Mitglieder des Wirtschaftsforums sind Privatpersonen, Unternehmen und Verbände aus allen Branchen. Sie spiegeln den vielfältigen, einzigartigen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Deutschland wider. Das Wirtschaftsforum hat sich die Förderung und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert zur Aufgabe gemacht. Der Verband organisiert den Dialog der Mitglieder mit Politik, Verwaltungen und Institutionen sowie insbesondere sozialdemokratischen VerantwortungsträgerInnen.

Weitere Informationen unter: www.spd-wirtschaftsforum.de

Sie haben noch Fragen oder benötigen weitere Informationen? Wenden Sie sich gerne an:

Stephanie Preuß

Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Wirtschaftsforum der SPD e. V.

Dorotheenstraße 35 | 10117 Berlin

sp@spd-wirtschaftsforum.de

Telefon: +49 30 400 40 664

Mobil: +49 151 11 320 600